

**Niederschrift
über die öffentlichen Sitzung des Bürgerausschusses
am 21.06.2022**

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 17:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Elke Grünwald
Herr Marcel Kaldek
Herr Carsten Krumhöfner
Herr Werner Thole

SPD

Frau Brigitte Biermann
Herr Heiko Hagemann
Herr Birol Keskin

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Paul John
Frau Daniela Kloss
Frau Hannelore Pfaff
Herr Dominik Schnell

FDP

Herr Tim Grabowski

Die Partei

Herr Christian Loth

Die Linke

Herr Peter Ridder-Wilkens

Beratende Mitglieder

Herr Cihad Kefeli

Schriftführung

Frau Katrin Steinkötter

Nicht anwesend:

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 6. Sitzung des Bürgerausschusses am 05.04.2022

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Bürgerausschusses am 05.04.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 3

Anfragen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 4

Beratung von Anregungen und Beschwerden

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

-.-.-

Zu Punkt 4.1 Straßenbauplanungen L712n und Herforder Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4148/2020-2025

Frau Wellmann trägt vor, dass die Petenten - die Initiative „Parents for future“ – die Gremien dazu auffordern, die Planungen zur L 712 n / Herforder Str. (B61) und deren Umsetzung zu stoppen, die veralteten Planungen neu auf den Prüfstand zu stellen und die erforderlichen Maßnahmen dazu in die Wege zu leiten. Seitens der Verwaltung nimmt sie insoweit Bezug auf die ins Ratsinformationssystem eingestellte Informationsvorlage des Amtes für Verkehr. Demnach werde im Herbst 2022 das Ergebnis einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung der Planung (soweit sie nicht bereits vom Planfeststellungsbeschluss zur L 712 n umfasst sei) erwartet. Ziel sei es, eine zukunftsorientierte Lösung zu finden, die sowohl die Interessen der Verkehrsteilnehmenden, der Umwelt und der Anwohnenden berücksichtige als auch die Mobilitätsstrategie der Stadt Bielefeld unterstütze. Die weiteren Planungen würden dann im StEA - ggf. auch im Rat - beraten und beschlossen. Aufgrund des Sachzusammenhangs empfehle die Verwaltung, die Eingabe an den StEA zu verweisen.

Eine Vertreterin der Initiative „Parents for Futur“, stellt die Organisation vor, die sich in Solidarität zu der „Fridays for Futur“-Bewegung gebildet habe, um deren Forderungen nach einer konsequenten Klima- und Umweltschutzpolitik zu unterstützen. Insbesondere fordere die Initiative „Parents for Futur“, dass die Vorgabe u.a. des Bundesverfassungsgerichts, die Erderwärmung auf max. 1,5 °C zu begrenzen, konsequent umgesetzt werde. Die Erderwärmung um mehr als 1,5 °C habe immense weitere negative Auswirkungen auf die Umwelt. Die Auswirkungen des Klimawandels seien durch die ansteigenden Temperaturen, Trockenheit und Waldbrände z.B. in Brandenburg einerseits sowie andererseits Starkregen, Hochwasser z. B. im Ahrtal etc. deutlich spürbar. Auch in Bielefeld sei der Zustand des Waldes katastrophal und die Wasserstände viel zu niedrig. Die Vertreterin machte deutlich, dass wir in einer Klimakrise seien, die insbesondere unsere Kinder, unser Leben insgesamt und unsere Umwelt bedrohe. Sie appellierte daran, dass Alles getan werden müsse, diese Krise abzuwenden. Dabei sollten die Erkenntnisse der Wissenschaft und Forschung beachtet werden. Jeder Einzelne solle alles tun, was nötig sei. Die Stadt Bielefeld habe den „Klimanotstand“ erklärt. Die Klimaschutzziele der Stadt seien einzuhalten. Jede Entscheidung der Stadt müsse deshalb auf Klimaschädlichkeit geprüft werden. Die Verkehrsplanung habe in den letzten Jahren keine Verbesserung im Hinblick auf weniger Treibhausgase gebracht, obwohl gerade die Belastungen durch den Verkehr

dabei ausschlaggebend seien. Die Stadt solle daher den Bau der L712n/Herforder Str. überdenken, neu planen und den Straßenausbau stoppen.

Frau Biermann bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Als Mutter und Großmutter mehrerer Enkelkinder könne sie das Anliegen sehr gut nachvollziehen. Es sei auch sicher umweltfreundlicher, z. B. das Fahrrad zu nutzen. Deshalb spreche sie sich klar für eine Verweisung an den StEA aus.

Frau Grünewald merkt an, dass hier nicht an die Einwohnerinnen und Einwohner der angrenzenden Stadtteile von Milse, Altenhagen, Heepen und Brake gedacht werde. Der Bereich der Grafenheider Straße werde zurzeit bereits großflächig umgebaut. Die Planung der L712n sei das Ergebnis eines umfangreichen Planfeststellungsverfahrens und solle nunmehr kurzfristig umgesetzt werden. Der Ausbau diene der Entlastung der Einwohnerinnen und Einwohner von insgesamt vier Stadtteilen. Außerdem sei der Straßenausbau bedeutsam für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Eine Verweisung in den StEA lehne sie ab und beantrage, die Eingabe zurückzuweisen.

Herr Ridder-Wilkens unterstützt den Antrag der Petition. Es seien radikale Einschnitte erforderlich, ansonsten sehe er schwarz für die Zukunft. Er schließe sich an, dass der Antrag an den StEA verwiesen werden sollte.

Auch Herr John bedankt sich bei der Petentin für die ausführlichen Ausführungen. Er merkt an, dass die Planung nicht aktuell sei, weil gerade der Radschnellweg nicht berücksichtigt werde. Er weist darauf hin, dass aktuell viele Straßenbaugroßprojekte auf der Landesebene in Düsseldorf überprüft würden und empfiehlt den Petenten, sich auch dorthin zu wenden.

Herr Grabrowski verweist auf die aktuellen Verkehrsnachrichten. Gerade in Milse, Altenhagen, Elverdissen und Heepen stau sich der Verkehr ständig. Hier dürfe man nicht wegschauen. Die Planungen sollten, wie bisher beschlossen, fort- bzw. umgesetzt werden. Es sei hierfür u.a. bereits eine Schrebergartenanlage abgerissen worden und er frage sich, wie man das den ehemaligen Besitzern erklären wolle. Mit dem Ausbau der Straße solle der Wirtschaftsstandort Bielefeld gesichert und verbessert werden. Herr Grabrowski spricht sich eindeutig dafür aus, den Antrag abzulehnen.

Beschluss:
Die Eingabe wird an StEA verwiesen.

- mit Mehrheit beschlossen -

an Ausschuss o.a. verwiesen (GeschO-Antrag)

-.-.-

Zu Punkt 4.1.1 Ausbau der B 61 (Herforder Straße) zwischen Rabenhof und der Grafenheider Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4032/2020-2025

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Verbot von Plastiktüten an Marktständen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4151/2020-2025

Frau Wellmann teilt mit, dass die Petentin anrege, die Verwendung von Plastiktüten auf den Wochenmärkten der Stadt Bielefeld zu verbieten, um so Plastikmüll zu reduzieren. Sie nimmt insoweit zunächst Bezug auf die ins Ratsinformationssystem eingestellte Informationsvorlage des Ordnungsamtes. Das Ordnungsamt prüfe derzeit, ob die verwendeten Plastiktüten unter die Ausnahme des Verpackungsgesetzes fielen und daher überhaupt verwendet werden dürften. Insofern reiche allerdings keine einfache Inaugenscheinnahme aus, sondern es seien entsprechende Nachweise der Hersteller erforderlich. Weiter weist Frau Wellmann darauf hin, dass der UWB im Anschluss an den Wochenmarkt regelmäßig eine Reinigung durchführe. Grundsätzlich sei auch ein generelles Verbot von Plastiktüten auf den Wochenmärkten der Stadt Bielefeld denkbar, eine genaue Prüfung stehe derzeit aber noch aus. Für ein solches Verbot sei jedenfalls eine Änderung der Wochenmarktsatzung erforderlich. Dabei sei auch der Gleichbehandlungsgrundsatz im Verhältnis zum stationären Handel zu berücksichtigen. Sollte dieser Ansatz weiterverfolgt werden, empfiehlt die Verwaltung, die Eingabe an den Haupt- Wirtschafts- und Beteiligungsausschuss zu verweisen.

Herr Thole hält es für sinnvoll, die Eingabe an den HWBA zu verweisen.

Frau Pfaff weist darauf hin, dass es auf die Farbe der Tüten nicht ankomme und plädiert für eine Einbeziehung aller Tüten. Sie befürworte eine Verweisung an den HWBA.

Herr Ridder-Wilkens teilt mit, er habe auch davon gehört, dass die Hersteller nur noch Tüten mit einer geringeren Wandstärke herstellen würden, was für den Klimaschutz nicht hilfreich sei. Er schließe sich der Verweisung an.

Herr Schnell findet den Antrag zustimmungswürdig. Er spricht sich dafür aus, das Ergebnis der Prüfung zunächst im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz vorzustellen und danach an den HWBA zu verwiesen.

Herr Krumhöfner schlägt vor, die Eingabe auf alle Plastiktüten zu erweitern und die Eingabe an den HWBA und nachrichtlich an den AfUK zu verweisen.

Beschluss:

Die Eingabe wird zur Entscheidung an den HWBA und nachrichtlich an den AfUK verwiesen.

- mehrheitlich bei einer Enthaltung beschlossen -

an Ausschuss o.a. verwiesen (GeschO-Antrag)

-.-.-

Zu Punkt 4.2.1 Bürgerantrag Verbot der grünen und orangefarbenen Plastiktüten an den Marktständen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4212/2020-2025

-.-.-

Zu Punkt 5 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Wellmann teilt mit, dass der Bürgerausschuss in seiner Sitzung vom 08.02.2022 die Eingabe zum **Erwerb der Hammermühle** an die Bezirksvertretung Mitte und den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen habe. Die Bezirksvertretung Mitte habe es in ihrer Sitzung am 24.02.2022 einstimmig bei einer Enthaltung abgelehnt, dem StEA zu empfehlen, ein Beschluss zum Ankauf der Hammermühle herbeizuführen. Der StEA habe den TOP in seiner Sitzung am 08.03.2022 abgesetzt. Der Antrag sei obsolet, nachdem mehrere Gespräche mit dem Investor stattgefunden hätten und klar geworden sei, dass der Investor seine Flächen nicht kaufen werde.

Außerdem führt Frau Wellmann aus, dass der Antrag auf **Erstellung eines Katasters schutzwürdiger stadtbildrelevanter Gebäude**, der dem Bürgerausschuss in seiner Sitzung vom 08.02.2022 an den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen habe, dort in der Sitzung vom 29.3.2022

stimmig abgelehnt wurde.

Frau Wellmann teilte weiter mit, dass die Eingabe zum **Entwicklungsplan für das Musikerviertel**, die der Bürgerausschuss am 05.04.2022 an den StEA verwiesen habe, dort am 14.6.2022 in 1. Lesung behandelt wurde. Herr John merkt dazu an, dass das Ergebnis einer Denkmalschutzüberprüfung noch ausstehe.

Carsten Krumhöfner

Katrin Steinkötter